

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 87 (1993)
Heft: 6

Artikel: "Gegen den Völkermord und gegen die Aufteilung von Bosnien-Herzegowina"
Autor: Parin, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143773>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Gegen den Völkermord und gegen die Aufteilung von Bosnien-Herzegowina»

Auf Initiative verschiedener Frauen-Organisationen fand am vergangenen 3. April auf dem Bundesplatz in Bern eine nationale Kundgebung «Gegen den Völkermord und gegen die Aufteilung von Bosnien-Herzegowina» statt. Aus den Ansprachen greifen wir diejenige von Paul Parin heraus. Der bekannte Psychoanalytiker, der einmal ausgezogen war, um als Chirurg in der Tito-Armee Jugoslawien vom Faschismus zu befreien, setzt sich heute gerade auch als Pazifist für das Recht Bosnien-Herzegowinas auf Selbstverteidigung gegen die wiedererstandene Hydra des Faschismus ein. Von der Völkergemeinschaft erwartet Parin wenigstens die Errichtung von Schutzzonen für die bosnische Bevölkerung, von der Schweiz die Anerkennung und Aufnahme aller Vertriebenen aus Bosnien-Herzegowina als politisch verfolgte Flüchtlinge.

Red.

Verehrte Anwesende an der Kundgebung
«Gegen den Völkermord und gegen die
Aufteilung von Bosnien-Herzegowina»

Absichtlich sage ich nicht Schweizerinnen und Schweizer, oder Bosnier usw. Allzu oft sind in diesem Krieg nationale, staatliche oder religiöse Bezeichnungen missbraucht worden, um unmenschliche Politik oder Kriegshandlungen zu rechtfertigen.

Ich wende mich vor allem an unsere Schweizer Behörden mit dem Ersuchen, die Anliegen der Kundgebung ernst zu nehmen und sie an die politischen Organe jener befreundeten Länder weiterzugeben, die vor bald zwei Jahren eine Mitverantwortung für die Ereignisse auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien übernommen haben und tragen.

Ich wende mich auch an alle friedliebenden und vernünftigen Menschen in den südslawischen Republiken, in der Schweiz und anderswo; doch werde ich ihnen nichts zu sagen haben, was ihnen ihr Verstand und ihr Gefühl nicht längst gesagt haben.

Ein faschistischer Vertreibungs- und Vernichtungskrieg

Aus zwei Gründen habe ich die Einladung, hier zu sprechen, angenommen. Ich bin *den Ländern, in denen Krieg ist, tief verbunden*, bin in Slowenien aufgewachsen und habe 1944/45 als Freiwilliger am Befreiungskrieg gegen die nationalsozialistischen Eroberer teilgenommen und als Chirurg in Montenegro, Serbien und bald nach dem Krieg in Bosnien gearbeitet. Über die gegenwärtigen Konflikte bin ich gut informiert und deshalb überzeugt davon, dass die Mehrzahl der Menschen nicht nur in Bosnien-Herzegowina, sondern auch in Serbien, Kroatien und in den anderen Republiken diesen Krieg, der von skrupellosen Politikern und Militärs entfesselt worden ist, ablehnen.

Mein zweiter Grund hier zu sprechen ist, dass ich *Pazifist* bin, seit zehn Jahren Mitarbeiter der Internationalen Ärzte für Soziale Verantwortung, die 1984 den Friedensnobelpreis erhalten haben. Gerade darum meine ich, dass sich *jedes Volk ge-*

gen eine tödliche Aggression, die durch nichts zu rechtfertigen ist, verteidigen sollte. Darum habe ich als Arzt Aktivdienst geleistet und darum bin ich als Chirurg zur Tito-Armee gegangen, die sich gegen die Schrecken einer faschistischen Herrschaft zur Wehr gesetzt hat. Als Jude habe ich oft zu hören bekommen, dass sich die Juden gegen die Vernichtung ihres Volkes durch die Nazis aktiv hätten wehren sollen, was nur ganz wenigen unter ihnen möglich war. Wie könnte ich es den Bosniern übelnehmen, dass sie sich – zwar friedliebend und ungerüstet – gegen eine vernichtende Aggression verteidigen.

Es ist zynisch, wenn Cyrus Vance im Namen der UNO verkündet hat, dass das *Waffenembargo* gegen die anerkannte Republik Bosnien-Herzegowina nicht aufgehoben werden dürfe. Das würde den Krieg verlängern. Da nichts geschah, um das Überleben der Bosnier und den Fortbestand ihrer Republik zu gewährleisten, konnte das nur heissen, den überlegenen, angreifenden Armeen freie Hand für die möglichst rasche Eroberung des Landes und die Vertreibung der Bosnier zu lassen. Ebenso zynisch war es, die *serbische Armee*, auf ein Telegramm des serbischen Präsidenten hin, sofort als *Armee der Serben* in Bosnien anzuerkennen, ohne dass ein Soldat oder General ausgewechselt wurde, ohne Unterbrechung der logistischen und militärischen Hilfe. Mit einem Federstrich wurde die Invasion der serbischen Aggressoren in einen Bürgerkrieg verwandelt.

Ein *Bürgerkrieg* ist der Krieg in Bosnien nicht, ebensowenig wie die Vernichtung der Armenier in der Türkei unter Kemal Atatürk oder die Vernichtung der deutschen und österreichischen Juden im Hitlerstaat Bürgerkriege waren. Gewiss waren alle, die in diesem Krieg kämpfen, Angreifer und Angegriffene, Bürger des ehemaligen Jugoslawien, wenn man von einigen Kriegsfreiwilligen aus Russland auf der Seite der Serben und aus Deutschland bei den kroatischen Milizen absieht. Ein Bürger-Krieg entsteht aus Konflikten zwischen Parteien oder Gruppierungen in-

nerhalb einer Nation. Der Krieg in Bosnien ist ein faschistischer Vertreibungs- und Vernichtungskrieg nach dem Muster, das wir aus der Geschichte faschistischer und nationalsozialistischer Aggressionskriege kennen.

Der Krieg ist über die friedliebende Bevölkerung von Bosnien-Herzegowina hereingebrochen, nachdem die serbische Führung, die Volksarmee und ihre fanatisierten Hilfstruppen ihren Eroberungs- und Zerstörungskrieg in Kroatien einigermaßen erledigt hatten. Die *bosnische Regierung* und ihr Präsident Aha Izetbegovic haben eine *friedliche Politik* verfolgt und alles getan, um einen bewaffneten Konflikt zu vermeiden. Die Erklärung ihrer Unabhängigkeit und die Anerkennung durch die UNO waren keineswegs Ursache der militärischen Bedrohung, sondern ein letztes Mittel, sich unter internationalen Schutz zu stellen. Nachträglich kann man der bosnischen Regierung den Vorwurf machen, dass sie diesem Schutz vertraut und sich nicht rechtzeitig bewaffnet hat.

Um den Krieg in Bosnien zu verstehen, muss man sich dazu entschliessen, ihn als das anzusehen, was er ist: ein *faschistischer Angriff*, nicht im historischen Sinn, aber entsprechend der Ideologie und dem Ziel. Das geht so vor sich:

Ein Volk gerät in wirtschaftlich und politisch unsicheren Zeiten unter den Einfluss einer intensiven *Propaganda*, die von einem Führer und seiner Anhängerschaft inszeniert wird. Dazu gehört die Machtübernahme unter dem Druck organisierter Massendemonstrationen, und das Hochspielen historischer Ereignisse; bei Mussolini war es das Römische Reich, bei Hitler die Germanen, bei den Serben die Schlacht am Amselfeld vor sechshundert Jahren. Weiter gehört dazu, ein anderes Volk oder einen Teil des eigenen als minderwertig und äusserst bedrohlich hinzustellen; so dass es vertrieben und vernichtet werden muss; dieses Volk war für Hitler das jüdische, für Milosevic waren es erst die Albaner in Kosova, dann «alle Kroaten», schliesslich alle Muslime. Für den kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman,

der sich einer ähnlichen Ideologie verschrieben hat, sind es «die Serben», für den Serbenführer Karadzic «die Muslime». Dass Milosevic und Tudjman legal gewählt worden sind, macht ihre Politik nicht weniger anrühlich; auch Hitler ist vom Deutschen Reichstag berufen worden.

Ein «Friedensplan», der diese Bezeichnung nicht verdient

Zwei Besonderheiten zeichnen den Krieg gegen Bosnien aus: Erstens haben sich zwei erbitterte Gegner, Serbien und Kroatien, längst über die *Aufteilung der Beute* geeinigt. Zweitens wird die Eroberung des Landes gleichzeitig mit der Vertreibung betrieben: Terror gegen die gesamte Bevölkerung, die Zerstörung der Wohnstätten und aller kulturellen Einrichtungen sind die Mittel, so dass für friedliebende Bosnier kein Platz bleibt. Das Ziel ist: Alles, was bosnisch ist, muss verschwinden. Der Zielsetzung widerspricht nicht, dass bosnische Flüchtlinge in der Vojvodina und anderen Gegenden Serbiens Schutz finden. Italien, der Achsenpartner Hitlerdeutschlands, hat solange als möglich jüdische Flüchtlinge vor der Deportation bewahrt.

Seitdem sich die *Europäische Gemeinschaft* und nach ihr die *Vereinten Nationen* eingeschaltet haben, wurden wiederholt *leere Drohungen* gegen die Angreifer ausgesprochen. Doch wurde nichts Wirksames unternommen: Die Anerkennung des «Jugoslawischen Staates», der sich längst in eigener Regie zerstört hatte, wurde nicht zurückgezogen; es wurde nie ernsthaft versucht, den Nachschub von Treibstoff und Waffen zu unterbinden.

Die Friedensverhandlungen erfolgten nicht mit Vertretern gleichberechtigter Parteien. Der Friedensplan wurde nicht ausgehandelt, sondern *diktiert*, in intensiver Zusammenarbeit der internationalen Gremien mit den Kriegshelden, die von ihren Verhandlungspartnern gleichzeitig als Kriegsverbrecher bezeichnet werden müssen. Bis heute wurden lediglich die Forderungen der Angreifer, Milosevic, Tudjman und Ka-

radzic, angehört, die sich an keines der ausgehandelten Abkommen hielten und dem Ziel ihrer Aggression immer näher kommen. Bosnien sollte gezwungen werden, seiner Niederlage und Vernichtung offiziell zuzustimmen. Die internationalen Gremien setzten diese Politik fort, nachdem es offenkundig war, dass sich ihre Partner nicht von ihren Plänen abbringen liessen und sie die humanitären Hilfsaktionen absichtlich behinderten, wann und wo sie wollten. Da die humanitäre Hilfe nur ungenügend ist, wäre es heute, nachdem viel versäumt wurde, zumindest nötig, *abgesicherte Schutzzonen* für die Bevölkerung Bosniens einzurichten. Das wurde bisher nicht ernsthaft versucht.

Der vorliegende sogenannte Friedensplan der Unterhändler Vance und Owen verdient diese Bezeichnung in keiner Weise. Die Angreifer haben bereits einen Grossteil des bosnisch-herzegowinischen Territoriums erobert und von der bosnischen Bevölkerung «gesäubert». Die ausgehandelten Bedingungen gestatten es ihnen, den Krieg beliebig lang fortzusetzen, das heisst, bis sie ihre Ziele erreicht haben. Der Präsident Bosniens hat kürzlich dem Plan zugestimmt, offensichtlich nur, um weiteren Massakern vorzubeugen – bisher leider selbst ohne diesen Erfolg.

Die im Plan vorgesehene *Zerstückelung* von Bosnien-Herzegowina geht auf die Idee der «Kantonalisierung nach Schweizer Vorbild» zurück. Leider haben unsere Behörden nie drastisch genug dagegen protestiert. Bekanntlich sind die Kantone der Eidgenossenschaft freiwillig beigetreten – oft erst nach langen Konflikten – und nicht militärisch gezwungen worden, nie bestand die Absicht, ethnisch oder religiös gesäuberte Kantone zu schaffen.

Sollte der Aufteilungsplan durchgesetzt werden, kann er *keinen Frieden* bringen. Die entstehenden Einzelteile können nicht autonom verwaltet werden und sind wirtschaftlich nicht lebensfähig; sie wären weiterhin der siegreichen Soldateska und ihren Herrschaftsansprüchen ausgesetzt. Nach dem Plan werden einander verfeindete, von Rachegefühlen motivierte ethnische Grup-

pen ohne die Kontrolle einer haltbaren zentralen Autorität zusammengeschmiedet bzw. gegeneinander gehetzt.

Für eine glaubwürdige Flüchtlings- und Aussenpolitik der Schweiz

Ich erwarte von der Schweiz, dass sie nicht nur Flüchtlinge aufnimmt und unterstützt, wozu sie sich zögernd und in ungenügender Masse entschlossen hat. Alle Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina müssen von der Eidgenossenschaft als *politisch verfolgt* und vertrieben anerkannt

werden. Sonst verliert die schweizerische Politik jede Glaubwürdigkeit.

Unsere Aussenpolitik hätte nichts zu befürchten und international viel Verdienst und Ansehen zu gewinnen, wenn sie sich dafür einsetzen würde, dass die westlichen Staaten endlich entschlossen politisch handeln, um den *entsetzlichen Krieg* in Bosnien-Herzegowina zu *beenden* und eine Ausweitung der drohenden faschistischen Angriffe auf Kosovo, auf Mazedonien und auf andere Teile des ehemaligen Jugoslawien zu verhindern.

Brief aus dem Nationalrat

«Sicherheit»

«Wir müssen die Seetalbahn sanieren; es ist die unfallträchtigste Bahnstrecke der Schweiz. Autobusse sind im bereits jetzt völlig überlasteten Vorortsverkehr schlicht unmöglich.» «Eine Sanierung zu diesem Preis können wir uns einfach nicht leisten. Wenn die Sicherheit tatsächlich das Hauptargument ist, so muss die Bahn sofort stillgelegt werden. Jeder Unfall ist ein Unfall zuviel.» Die Frage – möglich oder nicht? – bleibt offen. (Finanzkommission des Nationalrats, Montag)

Gemäss bürgerlicher Mehrheit im Zürcher Kantonsrat wird auf die Zugsbegleitung in der S-Bahn verzichtet. Einzelne auftretende Zugsbegleiter und Zugsbegleiterinnen fühlen sich oft selber zu unsicher – die Sicherheit in den Zügen kann durch Patrouillen gewährleistet werden. Entscheidend: Diese Patrouillen sollen nur halb so viel kosten wie die Zugsbegleitung. (Tageszeitung, Dienstag)

Die Prämien für Hausratsversicherungen werden massiv angehoben, entsprechend der steigenden Zahl von Einbruchdiebstählen. Exponierte Häuser ohne aufwendige technische Sicherheitsanlagen

sollen bald einmal überhaupt nicht mehr versicherbar sein. (Tageszeitung, Mittwoch)

Sicherheitsangestellte auf dem Flughafen Kloten (zu 65 Prozent Frauen) arbeiten ohne soziale Absicherung. In Teilzeit und im Schichtbetrieb auf Abruf angestellt, wären viele von ihnen auf ein garantiertes Stundenminimum dringend angewiesen. (Tageszeitung, Donnerstag)

Wie ein menschliches Grundbedürfnis schamlos missbraucht wird

Die Meldungen sind für sich allein genommen von beschränkter Tragweite; ich empfinde sie aber als symptomatisch für unsere Gesellschaft und ihr schizophrenes Verhältnis zur «Sicherheit». Sie sind zu sehen vor einem Hintergrund andauernder Sicherheitsdebatten umfassender Art. Sicherheit gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen; anders wären auch alle unsere Versicherungen nicht zu verstehen. Aber was heisst überhaupt Sicherheit? Die Frage beschäftigt mich seit langem.